

Wieder hat das Volk den Schwarzen Peter

Eine recht unausgekorene Idee

Wie der Bundesrat bestätigt, ist letztlich das Volk für den Entscheid über die Sieben-Milliarden-Solidaritäts-Stiftung zuständig. Klar ist allerdings noch nicht, über was das Volk zu entscheiden haben wird: Nur über eine Verfassungsänderung, welche die Nationalbank, im Gegensatz zur heutigen Rechtslage, ermächtigen würde, einen Teil der Goldreserven zu diesem Zwecke zu verwenden oder hätte das Volk auch die Gelegenheit, sich im einzelnen über die Organisation der Stiftung, die Höhe der Zuwendung, die Verwaltung und das Verfahren bei der Verteilung der Solidaritätsleistungen, insbesondere bei der Festlegung der Empfänger, zu äussern. Darüber werden, so die Bundesräte Koller und Villiger, konkrete Vorlagen zuhanden der Bundesversammlung ausgearbeitet, die dann entscheiden müsse, was davon schlussendlich dem Volk zur Genehmigung vorzulegen ist.

Ein genialer Schachzug?

Offensichtlich glaubt der Bundesrat, damit sei ihm ein "genialer" Schachzug gelungen: Einerseits erweckt er den "staatsmännischen" Eindruck, für all das Elend auf der Welt etwas Grosses, weit in die Zukunft Blickendes tun zu wollen und das, unabhängig von der gegenwärtig das Land so sehr belastenden Vergangenheits-Bewältigung. Andererseits hatte der weltweit mit einem grossen Ueberaschungseffekt zitierte Betrag von Sieben Milliarden Schweizerfranken natürlich auch die Wirkung, in einem höchst kritischen Zeitpunkt der Nazigold-Krise und der Kritik am Verhalten der Schweiz während dem letzten Krieg ein gewisses Ausbrechen, ein sich "Losschlagen von der Vergangenheit" zu ermöglichen. Zweifellos eine bewusst von ihm angepeilte Wirkung, auch wenn er das verneint. Sonst hätte er ja dies bereits früher oder wenigstens zu einem neutraleren Zeitpunkt tun können.

Was immer der Bundesrat sagt, ist für jedermann, besonders für die Nachkommen der Holocaust-Opfer und deren Vertreter klar, dass diese "Geste" des Bundesrats im Ausland, in Geldfragen eher als "zurückhaltend" beurteilten Schweiz, eine so grossartige Geste von sage und schreibe "Sieben Milliarden" gemacht worden.

Von den 7 Milliarden bleibt recht wenig übrig

Umso nachteiliger wirkt sich aus, dass, wie inzwischen allmählich durchsickert, nicht sieben Milliarden in guten Schweizerfranken "auf den Tisch des Hauses" gelegt werden, sondern nur die *Zinsen* davon, die den Verhältnissen auf dem Anlagemarkt entsprechend auf etwa **3 bis 350 Mio** Schweizerfranken pro Jahr geschätzt werden. Aber auch diese Zinsen werden in dieser Höhe nicht sofort fällig, weil der den sieben Milliarden entsprechende Goldverkauf auf zehn Jahre zu staffeln ist. Von der im Ausland mit viel Dank hochgejubelten "grandiosen" Geste des Bundesrats bleibt so relativ wenig übrig, das zudem noch auf das In- und Ausland, auf die Vergangenheit und Zukunft zu verteilen ist.

Für die hunderte von Projekten, was alles mit diesen sieben Milliarden zur Lösung der Probleme unserer Zeit im Ausland und in der Schweiz getan werden könnte, von der Bekämpfung der Lepra bis zum massiven Abbau der Arbeitslosigkeit und besserer sozialer Leistungen auch für die doch recht zahlreich wirklich armen Menschen im eigenen Land, würde da nicht mehr viel drin liegenndesrats eiklares Schuldbekenntnis der Schweiz für das ihr vorgeworfene Verhalten während dem letzten Weltkrieg ist. Sonst wäre nie von.

Wer entscheidet schlussendlich ?

Am bedenklichsten ist aber der von offizieller Seite immer häufiger gemachte Hinweis, der Bundesrat könne nicht selber entscheiden. In einer direkten Demokratie habe das Volk das letzte Wort. Bei einem Ja würde natürlich der Bundesrat, allerdings mit der ihm üblichen Zurückhaltung,

die Patenschaft für eine derart fortschrittlich Idee für sich in Anspruch nehmen. Bei einem Nein würde er onehin nicht viel riskieren: Er würde weiterhin im Amt bleiben und, gleich wie beim EWR-Nein 1992, zusammen mit dem Parlament, den Parteien und der “classe politique”, tun, was er für gut befindet, auch wenn es einem Volksentscheid zuwiderläuft. Auf jeden Fall könnte er dem Ausland gegenüber, aber auch in der Schweiz, für sich in Anspruch nehmen, wenigstens alles menschenmögliche für eine “gerechte, vorwärtsblickende und humanitäre Lösung” getan zu haben. Natürlich werde er versuchen, das Volk zu informieren und (lies: eines besseren) zu überzeugen, aber mehr könne er bei den “ewigen Neinsagern” nicht ausrichten.

Warum immer das Stimmvolk übertölpeln

Damit hat der Bundesrat zum x-ten Mal inbezug auf einen wichtigen politischen Entscheid, den Schwarzpeter dem Volk zugespielt, anstatt sich mit ihm solidarisch für die gemeinsamen Interessen des Landes einzusetzen. Vor allem zu vermeiden, dass bei einer Ablehnung erneut das Schweizervolk als rückständig, egoistisch und antihumanitär beschimpft wird. Dabei hätte er, wenn er überhaupt noch in Tuchfühlung mit dem Volk ist, wissen müssen, dass eine solche Lösung nicht einfach “übers Knie” gebrochen werden kann und sein allzusehr nur als ein publizistisches Ablenkungsmanöver wirkender Vorschlag auf Misstrauen stossen muss. Zudem, rein sachlich besehen, als eine Gefährdung der in Zukunft gegenüber der EURO - Währung sicher noch sehr dringend benötigten Goldreserven der Nationalbank betrachtet wird. Also wenig Chancen auf eine Zustimmung des Volkes bestehen.

Oder bezweckte der Bundesrat mit seinem überraschenden Vorprellen, das Volk in eine Situation hineinzumanövrieren, bei der es keine freie Wahl mehr hat; wo ihm nichts anderes übrig bleibt, als Ja zu sagen. Eine Taktik, die ja schon lange inbezug auf die Beziehungen zur EU praktiziert wird: Entweder entzieht man die abgeschlossenen

Verträge der Zustimmung durch das Volk, wie das jetzt wieder mit den bilateralen Verträgen versucht wird, oder man schafft eine Situation, bei der das Volk keine Wahl hat. Ganz einfach auf dem ihm vom Bundesrat zugespielten Schwarzpeter hocken bleibt..